BASE
ABTEILUNG BETEILIGUNG

Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung

Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung | 11513 Berlin

Nationales Begleitgremium
An die Vorsitzenden
Frau Prof. Dr. Miranda Schreurs
Herrn Prof. Dr. Armin Grunwald
Buchholzweg 8
13627 Berlin

Per E-Mail: geschaeftsstelle@nationales-begleitgremium.de

Stellungnahme zur Auswertung der aktuellen Beteiligungsmöglichkeiten durch das NBG

Sehr geehrte Frau Professorin Schreurs,
sehr geehrter Herr Professor Grunwald,

mit Interesse habe ich das vom NBG beauftragte „Gutachten zur Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Schritt 2 der Phase 1 des Standortauswahlverfahrens und deren Zusammenhang mit den aktuellen Herausforderungen des Gesamtprozesses“ gelesen. Es enthält teils gute Impulse für das Gesamtverfahren. Gleichzeitig beinhaltet es aber auch Schlussfolgerungen und Darstellungen, bei denen die Einordnung fehlt oder die nicht nachvollziehbar sind. Eine Stellungnahme zum Gutachten finden Sie beigefügt.

In der fachlichen Fundierung des Standortauswahlverfahrens - ob es sich um Fragen der Geologie oder der Öffentlichkeitsbeteiligung handelt - ist das wissenschaftsbasierte Handeln zentral. Bei der Stellungnahme zu Ihrem Gutachten habe ich deshalb die Bedeutung wissenschaftlicher Qualitätsstandards hervorgehoben, die bei der Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsbeteiligung eine sach- und lösungsorientierte Basis bilden und die die beauftragte Auswertung leider vermissen lässt.

Bei der Weiterentwicklung der Beteiligung gemäß den aktuellen wissenschaftlichen Standards arbeite ich eng mit der Forschungsabteilung und dem Laboratorium Beteiligende Verwaltung im BASE zusammen. Wertvoll in diesem Prozess ist auch die Perspektive anderer Akteure im Standortauswahlverfahren. Vor diesem Hintergrund halte ich es für sinnvoll, sich bei künftigen Evaluierungsvorhaben der vom BASE organisierten Formaten mit uns zusammen über Forschungsziele und Methoden zu verständigen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

[redacted]

Ina Stelljes
Anlage

Datum
17. November 2022

[redacted]

Es schreibt Ihnen:

Ina Stelljes
[redacted]

So erreichen Sie uns:

Postadresse:
Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung
11513 Berlin

Besucher-, Zustell- und Lieferadresse:
Wegelystraße 8
10623 Berlin

Dienstsitz Salzgitter:
Willy-Brandt-Straße 5
38226 Salzgitter

T: +49 30 184321-0
info@base.bund.de
www.base.bund.de

Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung

Stellungnahme zur beauftragten Auswertung[1] der aktuellen Beteiligungsmöglichkeiten durch das NBG

Der Gesetzgeber legt hohe Maßstäbe an die Umsetzung des Standortauswahlverfahrens. Neben den Attributen partizipativ, transparent, selbsthinterfragend und lernend ist die Wissenschaftsbasiertheit eine tragende Säule des Verfahrens. Diesen Anspruch erhebt das BASE gleichermaßen für naturwissenschaftliche als auch sozialwissenschaftliche Fragestellungen im Standortauswahlverfahren, so auch an die Beteiligung und ihre Evaluierung im Sinne eines lernenden Verfahrens.

Auswertungen und Evaluierungen sind wichtige Schritte bei Beteiligungsprozessen. Für viele Prozesse gibt es kein Schnittmuster oder eine Blaupause zur Umsetzung, zudem sind Beteiligungsverfahren in Abhängigkeit zu den beteiligten Personen, ihren Motivationen und Interessen dynamisch und nur bedingt in ihrer Entwicklung vorhersehbar. Deshalb ist eine kontinuierliche Auswertung und Weiterentwicklung bei Beteiligungsverfahren geboten.

Das Nationale Begleitgremium hat im April 2022 ein „Gutachten zur Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Schritt 2 der Phase 1 des Standortauswahlverfahrens und deren Zusammenhang mit den aktuellen Herausforderungen des Gesamtprozesses“ in Auftrag gegeben und im Herbst 2022 veröffentlicht. Untersuchungsgegenstand sollten im Wesentlichen die aktuell laufenden Beteiligungsmöglichkeiten sein. Zweck ist die Weiterentwicklung dieser Beteiligungsangebote. Die Betrachtung zielt darauf ab „einen Beitrag zum Gelingen des Suchverfahrens entsprechend dem Standortauswahlgesetz (StandAG) zu leisten“ (Fuder/Neef 2022: 8).

Die Autor:innen Michael Fuder und Sabine Neef geben aus Ihrer Perspektive Impulse und Anregungen. Kritisch zu bewerten ist die fehlende Wissenschaftlichkeit als Basis des Erkenntnisgewinns.

Zur Wissenschaftlichkeit gehört:

> (1) die Benennung der Forschungsfrage, der Methodik sowie der wissenschaftlichen Grundlagen auf deren Basis die Ableitungen und gezogenen Schlüsse nachvollziehbar sind
>
> (2) eine systematische und nachvollziehbare Sortierung der unterschiedlichen empirischen Daten und deren Analysen, sowie die Herleitung und Darstellung des zugrundeliegenden Samplings

Diese Aspekte lässt die aktuell vorliegende Einschätzung vermissen, wie im Folgenden nach einer kurzen Beschreibung des Untersuchungsgegenstandes konkreter ausgeführt wird.

Datum
17. November 2022

[redacted]

Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung
Wegelystraße 8
10623 Berlin

T: +49 30 184321-0
info@base.bund.de
www.base.bund.de

[1] Fuder / Neef (2022): „Gutachten zur Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Schritt 2 der Phase 1 des Standortauswahlverfahrens und deren Zusammenhang mit den aktuellen Herausforderungen des Gesamtprozesses“ im Auftrag des Nationalen Begleitgremiums

Untersuchungsgegenstand: Die Beteiligungselemente Planungsteam Forum Endlagersuche und Forum Endlagersuche

Nach Abschluss der Fachkonferenz Teilgebiete fanden gemeinsame Beratungen und Gespräche zwischen Vertreter:innen aus verschiedenen Gruppen der Zivilgesellschaft, der Kommunen, der BGE mbH, den NBG und dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) statt. Gemeinsam haben die Beteiligten ein neues Konzept zur Beteiligung bis zum Start der Regionalkonferenzen verabschiedet und umgesetzt.

Das im Herbst 2021 verabschiedete Beteiligungskonzept sieht bis zum Start der Regionalkonferenzen zwei Beteiligungselemente zur Begleitung der Arbeitsfortschritte der BGE mbH vor: Das Forum Endlagersuche (FE) und das Planungsteam Forum Endlagersuche (PFE). Die Elemente stellen sogenannte Prototypen oder Erstversionen dar. Das heißt, sie sollen gemeinsam erprobt und anschließend reflektiert werden, um so eine schrittweise Entwicklung und gegebenenfalls Anpassungen des Formats zu ermöglichen. Grundlage für die weitere Ausgestaltung sind die fundierte Auswertung und Evaluation bisheriger Aktivitäten und Ergebnisse des Beteiligungsformats. Dabei ist es wichtig, unterschiedliche Perspektiven und Bewertungen der Beteiligten einfließen zu lassen.

Das NBG hat sich entschieden, hierzu eine eigene Auswertung in Auftrag gegeben.

Zur Methode, Forschungsfrage und den wissenschaftlichen Grundlagen

Die Autor:innen benennen als *Methode* des Gutachtens die deskriptive Diskursanalyse. Eine (deskriptive) Diskursanalyse analysiert gesellschaftliche Diskurse und Diskussionen. Dabei geht es nicht um private oder subjektive Deutungen, sondern um analytische Schlussfolgerungen. Unter dem Begriff der Diskursanalyse versammeln sich heterogene Ansätze, sie wird von verschiedenen Disziplinen zur Rekonstruktion gesellschaftlicher Diskurse verwendet. Grundsätzlich hat die deskriptive Diskursanalyse zum Ziel, die begrifflichen Konstruktionen von Wirklichkeit zu beschreiben. Dabei gibt es in den unterschiedlichen Disziplinen unterschiedliche Vorgehensweisen und wissenschaftliche Standards. Umso wichtiger ist es, die eigene fachliche Perspektive im Sinne einer Disziplin eindeutig zu benennen. Diese Präzisierung bzw. Kenntlichmachung der eigenen fachlichen Positionierung hinsichtlich der eingenommenen Perspektive und Standards lässt das Gutachten vermissen. Darüber hinaus fehlt eine grundlegende klare Forschungsfrage.

Zur Systematisierung und Sortierung der unterschiedlichen Daten (in Form von Interview-Aussagen)

Grundlage des Berichts und der formulierten Ergebnisse ist der *Betrachtungszeitraum vom 27.4. bis 31.8.2022*. In diesem Zeitraum besuchten die Autor:innen eine Sitzung des Planungsteams Forum Endlagersuche PFE, das 1. Forum Endlagersuche FE, die Tage der Standortsuche in Aachen der BGE und die Loccumer Atommüll-Lager-Tagung der Evangelischen Akademie Loccum. Neben den teilnehmenden Beobachtungen sichteten die Autor:innen verschiedene *Dokumente*, führten Interviews und sogenannte „freie“ Gespräche. Einen grundlegenden Leitfaden als Basis für die Fragestellungen lassen die Verfasser:innen offen. Auch bleiben die Auswahlkriterien für die Befragten unklar, sowie welche Dokumente konkret ausgewertet wurden, welche Fragestellung anhand des Literaturstudiums beantwortet werden und, welche Fragestellungen und Erhebungsmethode den Beobachtungen und Interviews zugrunde liegen. Die geführten freien Gespräche stellen eine zusätzliche wissenschaftlich-methodische Schwierigkeit dar. Sie entsprechen mehr einem journalistischem Hintergrundgespräch, das keine

Rückschlüsse auf Gewichtungen ermöglicht – zum Beispiel, ob es sich um pars-pro-toto-Aussagen oder einzelne Meinungen handelt. Ebenso fehlen Angaben über die Auswertungsmethodik und somit den nachweisbaren Einfluss der Gespräche auf die Schlussfolgerungen der Verfasser:innen.

Fazit

Die Autor:innen qualifizieren die Methodik als deskriptive Diskursanalyse, erheben jedoch selbst nicht den Anspruch der Wissenschaftlichkeit. Offen bleibt, welcher Anspruch an Wissenschaftlichkeit im Rahmen der Auftragsvergabe durch das NBG erhoben wurde.

Die Autor:innen weisen bei der indirekten Widergabe von Aussagen Dritter zwar darauf hin, dass es sich bei den Aussagen um Mutmaßungen oder Wahrnehmungen handelt und nicht um belegte Tatsachen oder Wahrheiten. Somit bleibt jedoch die Frage eines wissenschaftsbasierten Erkenntnisgewinns offen. Ohne weitere Einordnung bleibt das Dokument, das der Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsbeteiligung dienen soll, auf der Ebene von subjektiven Wahrnehmungen, die lediglich summarisch aufgeführt werden. Es eröffnet jedem und jeder die Möglichkeit, für sich seine oder ihre Wahrheit herauszuziehen.